

Fraktionsbeschluss vom 11. Oktober 2022

11 Forderungen für die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar

Mit der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 2022 in Katar sind vielfältige Fragen und Herausforderungen verknüpft. Die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Vergabe und Ausrichtung von internationalen Sportgroßveranstaltungen strikt an die Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie Nachhaltigkeit geknüpft sein muss.

1. Die FIFA muss ihrer Verantwortung endlich gerecht werden

Die Vergabe der Fußball-WM durch die FIFA nach Katar wurde 2010 – wie viele Vergaben zuvor – von erheblichen Einwänden und Bedenken begleitet. Die massiven Menschenrechtsverletzungen des künftigen Gastgebers Katar waren und sind öffentlich bekannt. Nach der nunmehr erfolgten Vergabe ist es unsere Aufgabe, in der Bundesregierung, im Deutschen Bundestag sowie in den nationalen und internationalen Sportverbänden über nachhaltige Veränderungen und bessere Standards bei Menschenrechten, Arbeitsschutz und Umweltaspekten zu sprechen und diese Ziele zu erreichen. Geschehenes Unrecht muss aufgeklärt und Opfer dürfen nicht übergangen werden.

Die FIFA hat wiederholt erklärt, sich für den Schutz von Menschenrechten und Nachhaltigkeit einzusetzen. Wir stellen fest: Diesem Anspruch wird die FIFA weiterhin nicht gerecht. Nur sehr zögerlich finden Menschenrechte und demokratische Verfahren wie Transparenz bei der Vergabe überhaupt Einzug in die größte Sportorganisation der Welt. Wenn FIFA-Offizielle die strukturellen Menschenrechtsverletzungen in Katar weiterhin leugnen oder diese nicht erkennen wollen, dann ist es umso wichtiger, dass wir als politisch Verantwortliche dies weiter öffentlich kritisieren und personelle Konsequenzen einfordern.

Eine Demokratisierung der internationalen Sportverbände ist überfällig. Korruption ist weiterhin allgegenwärtig in den Strukturen der FIFA. Ankündigungen Menschenrechte und Nachhaltigkeitsziele einzuhalten, bleiben ohne Erfolg. Die FIFA steht in der besonderen Verantwortung, sich an deutlich höheren Standards zu messen und diese Vorgaben bei den nationalen Verbänden und den jeweiligen Regierungen der Gastgeberländer einzufordern. Zudem gilt es, die Vergaben von Weltmeisterschaften, die mit Korruption behaftet sind, weiter strafrechtlich zu verfolgen. Die Sportkorruption bei der Vergabe nach Katar im Vorfeld der Vergabeentscheidung ist insbesondere durch den unabhängigen García Bericht aus dem Jahr 2017 hinreichend belegt.

Öffentliche Aufmerksamkeit, die auch auf die Fortsetzung von Reformen nach dem Event pocht, kann dazu führen, dass nachhaltige Verbesserungen in allen Bereichen in Katar erreicht werden. Vom DFB als größtem Nationalverband im Weltfußball erwarten wir auf allen Ebenen glaubwürdige Initiativen und

überzeugendes Eintreten für Menschenrechte, Nachhaltigkeit, Good Governance und Demokratieförderung im Sport.

2. Reformen in Katar und der Region einfordern und nachhaltig umsetzen

Grüne Politik setzt in Katar wie weltweit auf nachhaltige Verbesserungen bei Menschenrechts-, Umwelt- und Arbeitsschutz. Die auch aufgrund des internationalen Drucks bisher durchgeführten Reformen zur FIFA WM in Katar haben bereits zu Verbesserungen der Situation, überwiegend für Arbeitsmigrant*innen und auf den WM-Baustellen, geführt. Die Fortschritte, zum Beispiel das erste nationale Menschenrechtsforum, die Kooperation mit der Internationalen Arbeitsorganisation und Reformen wie die gesetzliche Abschaffung des sogenannten „Kafala Systems“ im Jahre 2020 als erstes Land in der Region sind aus unserer Sicht wichtige Schritte für die Menschen, die in Katar leben und arbeiten.

Allerdings bestehen sehr große Probleme in der Umsetzung und weiterhin ein strukturelles Machtungleichgewicht zwischen Arbeitgeber*innen und (ausländischen) Arbeitnehmer*innen. So ist die eigenständige Gründung von Gewerkschaften nicht möglich und es besteht nur eingeschränkter Zugang zur Gerichtsbarkeit für ausländische Arbeitskräfte. Wir sind überzeugt, dass der Staat Katar die beschlossenen Reformen und Standards auch gegen Widerstände bei Arbeitgeber*innen und in Teilen der katarischen Gesellschaft durchzusetzen vermag. Die gesetzlichen Fortschritte dürfen nach der WM in Katar nicht wieder verschwinden.

Außenpolitisch hat sich Katar in den vergangenen Jahren im Westen aber auch Anerkennung erarbeitet. So war das Emirat bei der Evakuierung von Menschen aus Afghanistan ein wichtiger Akteur, ebenso bei der Bereitstellung eines neutralen Ortes für die Verhandlungen des Doha-Abkommens. Seit dem Ukraine-Krieg hat sich Katar, anders als viele andere arabische Staaten, eindeutig auf die Seite des Völkerrechts und der Ukraine gestellt.

Im Inneren des monarchistisch-autoritär geführten Staates sind Pressefreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit weiterhin eingeschränkt. Wir fordern die katarische Regierung auf, sich während und vor allem nach der Fußball-Weltmeisterschaft dafür einzusetzen, dass alle Gäste und Reisenden sich sicher im Land bewegen und aufhalten können. Im Dialog mit Katar und in der öffentlichen Kommunikation setzen wir daher weiterhin auf politische Reformen und werden diese auch nach der WM einfordern.

Der Austausch zu Menschenrechtsthemen besteht fort und wird über die Fußball-Weltmeisterschaft hinaus fortgeführt. Die Bundesregierung hat kürzlich eine Energiepartnerschaft mit dem Emirat unterzeichnet, nicht ohne die Lage der Menschenrechte, die Situation von Frauen und besonders der Arbeitsmigrant*innen anzusprechen. Die Menschenrechtsslage weiblicher Hausangestellter ist besonders prekär. Es bedarf dringend struktureller Lösungen, indem staatliche Organe die Einhaltung von Arbeitsrechten im Alltag kontrollieren. Wir werden bestehende Kooperations- und Dialogformate nutzen,

um uns für Menschenrechte in Katar und der gesamten Golf-Region stark zu machen.

Die Fußball-Weltmeisterschaft ist der Zeitpunkt, um möglichst viel Aufmerksamkeit für die Menschenrechtslage vor Ort und damit Verbesserungen im Alltag für die Menschen anzuregen. Trotz aller berechtigten Kritik sollte der Kulturaustausch mit Katar fortgeführt und ausgebaut werden, nicht zuletzt im Sinne einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

Regional gilt es, auch in den anderen Golfstaaten, in denen es noch schlechter um die Menschenrechte bestellt ist, auf Verbesserungen zu drängen. Das Emirat nimmt durch seine Reformbemühungen in der Region eine besondere Stellung ein. So ist Katar zum Beispiel der bislang einzige Staat in der Region, der keine dauerhaften politischen Gefangenen hat. Um eine nachhaltige Verbesserung für Menschenrechte und politische Teilhabe zu erreichen, muss der begonnene Reformprozess auch nach dem Ende der Fußball-WM, wenn die Scheinwerfer nicht mehr auf das Land gerichtet sind, weitergehen.

3. Katar muss die Menschenrechte von Frauen und LSBTIQ anerkennen

In Katar werden Frauenrechte massiv eingeschränkt. Frauen sind traditionell in ihren Entscheidungen vom männlichen Vormund abhängig. Frauen und Mädchen werden in Katar noch immer gesellschaftlich und rechtlich diskriminiert, etwa im Erb-, Staatsangehörigkeits- oder Personenstandsrecht. Gleichzeitig hat die gesellschaftliche Partizipation der Frau in Katar in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht, beispielsweise beim Zugang zu Bildung oder der Bewegungsfreiheit in der Öffentlichkeit. Diese Entwicklung unterstützen wir und setzen auf Gleichberechtigung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

In Katar ist Homosexualität gesetzlich verboten und es drohen mehrjährige Gefängnisstrafen. Selbst wenn Homosexualität nicht aktiv strafrechtlich verfolgt wird, bleibt sie ein gesellschaftliches Stigma und Tabu. LSBTIQ sind in ein gefährliches Doppelleben gezwungen. Wir fordern die katarische Regierung auf, diese Gesetze zu ändern und die Menschenrechte von LSBTIQ anzuerkennen.

Wir sehen den DFB in der Pflicht, eine deutliche Haltung für Menschenrechte einzunehmen und den Druck gegenüber der FIFA und dem Emirat Katar zu erhöhen, um die Anerkennung der Menschenrechte von Frauen und lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQ) voranzutreiben. Dazu gehört es, Menschenrechtsverletzungen beim Namen zu nennen und die Entkriminalisierung von Homosexualität zu fordern. In allen Golfstaaten werden Frauen sowie lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTIQ) im täglichen Leben weiterhin diskriminiert und verfolgt.

Wir Grüne fordern: Während der WM muss die Sicherheit aller Fans umfassend und zu jeder Zeit gewährleistet sein. Auch Spielern, die sich kritisch äußern, muss öffentlich der Rücken gestärkt werden. Darüber hinaus sollten sich der DFB und die FIFA gegenüber katarischen Gesprächspartner*innen über die Weltmeisterschaft hinaus für eine langfristige Förderung von Frauen und Mädchen im Sport einsetzen.

4. Arbeitnehmer*innenrechte stärken und Gewerkschaften ermöglichen

Die Rechte von Arbeitnehmer*innen in Katar – hierzu gehören auch die zahlreichen Arbeitsmigrant*innen – müssen im Einklang mit internationalen Mindestarbeitsstandards stehen. Insbesondere schließt dies die Rechte aller Beschäftigten auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen ein. Arbeitsmigrant*innen sind in Katar nicht nur auf den Baustellen der Fußballstadien tätig, sondern häufig auch im Dienstleistungs-, Sicherheits- und Gastgewerbe. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl an ganz überwiegend weiblichen Hausangestellten. Viele der Arbeitsmigrant*innen sind auch jenseits der WM im Land. Die Arbeitnehmer*innenrechte aller Beschäftigtengruppen müssen garantiert und wirksam geschützt werden.

5. Arbeitsrechtsreformen vollständig umsetzen

In den vergangenen Jahren wurden die Rechte der Arbeitnehmer*innen durch wichtige Gesetzesreformen gestärkt (u.a. Einführung eines Mindestlohns). Die Reformen beinhalteten auch wesentliche Verbesserungen beim Arbeitsschutz, welche vor allem auf den WM-Baustellen umgesetzt wurden. Der Reformprozess in Katar ist im Vergleich zur Lage der Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte in anderen Ländern der Golfregion positiv zu bewerten. Dennoch bleiben weitere Reformen erforderlich und es muss nun um die konkrete Umsetzung der Verbesserungen auch außerhalb der WM-Baustellen gehen.

Die Regierung von Katar muss zeigen, dass sie ihre Reformen ernst meint, indem sie die Einhaltung von Gesetzen konsequent kontrolliert und Arbeitgeber*innen, die dagegen verstoßen, wirksam sanktioniert. Die Anstrengungen internationaler Organisationen und einzelner Staaten, die katarische Regierung bei Gesetzesreformen und im Aufbau von Arbeits- und Sozialinstitutionen zu unterstützen, müssen in den kommenden Jahren fortgeführt werden.

6. Entschädigungsfonds für Arbeitsmigrant*innen einrichten

Wir unterstützen die Forderung von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Fangruppen, einen unabhängigen und angemessen ausgestatteten Entschädigungsfonds für Arbeitsmigrant*innen einzurichten. Es geht unter anderem um die Erstattung nicht gezahlter Löhne, erpresserischer Vermittlungsgebühren und die Entschädigung für Verletzungen und Todesfälle von Arbeitsmigrant*innen im Zusammenhang mit der Fußball-WM. Insbesondere die FIFA steht in der Verantwortung, dass Arbeiter*innen und ihre Familien angemessen entschädigt werden. Sponsor*innen und vor allem der DFB sollten ihren Einfluss auf die FIFA hier weiterhin nutzen.

7. Zentrum für Arbeitsmigrant*innen zur Verstetigung der Arbeitsrechtsreformen in Katar einrichten

Wir begrüßen die Forderung von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und einzelnen nationalen Fußballverbänden zur

Gründung eines „Migrant Workers‘ Centre“, das von den Arbeitsmigrant*innen selber geleitet werden soll. Das Zentrum wäre ein sicherer Ort für Arbeitsmigrant*innen, um sich über ihre Rechte zu informieren, Beratung zu erhalten und sich untereinander auszutauschen. Hierdurch könnte der soziale Dialog zwischen den Arbeitsmigrant*innen und ihren Vertreter*innen mit den katarischen Behörden und Arbeitgeberorganisationen dauerhaft gefördert werden. Das Zentrum wäre ein dauerhaftes Vermächtnis der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar und für die Golfregion ein Beispiel dafür, was sich durch eine Zusammenarbeit der Sozialpartner*innen erreichen lässt.

8. Internationale Sportverbände müssen Sorgfaltspflichten in ihren Lieferketten nachkommen

Die letzte Bundesregierung hat erstmals ein Gesetz über unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten verabschiedet. Mit der Richtlinie über menschenrechts- und umweltbezogene Sorgfaltspflichten von Unternehmen hat die EU-Kommission einen wegweisenden Vorschlag auf der europäischen Ebene vorgelegt. Mit dem Inkrafttreten der beiden Regelwerke werden zukünftig alle großen deutschen und europäischen Unternehmen dazu verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in ihren Lieferketten zu verhindern. Jedoch fallen vereinsrechtliche Organisationen wie die Sportverbände bislang nicht unter die Lieferkettengesetzgebung.

Die großen internationalen Sportverbände dürfen sich aber ihrer Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt nicht entziehen, sondern sollten – besonders bei der Durchführung von Sportgroßveranstaltungen – mit gutem Beispiel vorangehen. Daher fordern wir die FIFA auf, menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in den eigenen Lieferketten umzusetzen.

9. Verbindliche und überprüfbare Umweltstandards dauerhaft schaffen

Mit der Vergabe nach Katar fiel die Entscheidung auf ein Land, das angesichts möglicher Wetterbedingungen klimatisierte Fußballstadien errichten musste. Neben den erheblichen Kosten wurde so das Versprechen der FIFA und Katars in Frage gestellt, eine klimaneutrale Weltmeisterschaft zu organisieren. Stadien, die mit Klimaanlage gekühlt werden, die von fossilen Brennstoffen angetrieben sind, lassen Zweifel an dieser Aussage zu. Zudem zeigen zahlreiche Berichte, dass in Katar nicht ausreichend Hotelkapazitäten für Fans zur Verfügung stehen und ausländische Fans in den umliegenden Golfstaaten untergebracht werden müssen. Tägliche Pendelflüge zu den Spielen nach Katar werden vermutlich stark zunehmen. Auch durch den Betrieb von Meerwasserentsalzungsanlagen wird der Energiebedarf in die Höhe getrieben. Katar zählt zu den wasserarmen Regionen der Welt, hat aber einen der höchsten Wasserverbräuche überhaupt.

Abseits des Verbrauchs von Wasser und Energie sind Sportgroßveranstaltungen häufig mit einem hohen Müllaufkommen verbunden. Dafür braucht es verbindliche und überprüfbare Umweltstandards.

Wir fordern die FIFA und Katar auf, eine umfassende und transparente Klimabilanz der WM vorzustellen. Bei zukünftigen Sportgroßveranstaltungen

müssen die veranstaltenden Verbände und Ausrichterstaaten ebenfalls auf transparente und verbindliche Nachhaltigkeitsstandards, die von unabhängigen Organisationen überprüft werden können, festgelegt werden. Dabei müssen die Klima-Ziele des UN-Übereinkommens von Paris und die UN Sustainable Development Goals der Mindeststandard sein.

10. Standards für die Vergabe von Sportgroßveranstaltungen stärken

Für uns Grüne sind Sportgroßveranstaltungen nicht unpolitisch. Dies wurde zuletzt bei den Olympischen und Paralympischen Winterspielen in Peking 2022 mehr als deutlich. Internationale Sportverbände und -organisationen machen Milliardenumsätze durch Veranstaltungen und Medienrechte. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Vergabe und Ausrichtung von internationalen Sportgroßveranstaltungen strikt an die Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie Nachhaltigkeit geknüpft sein muss, sodass in Zukunft Gastgeberländer von Sportgroßveranstaltungen verpflichtet sind, ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen.

In diesem Prozess fordern wir die Mitsprache von Athlet*innenvertretungen und die Etablierung von weiteren demokratischen Strukturen in Sportorganisationen/-verbänden ein. Zudem brauchen wir eine stärkere Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit bei der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen. Sport kann Menschen zusammenbringen, mit gutem Beispiel vorangehen und zudem Motor des Fortschritts sein – nicht aber, wenn Sport durch Autokrat*innen und unfreie Regime missbraucht wird. Wir fordern, dass es aufgrund der fehlenden Datenschutzrichtlinien keine Datenübermittlung aus der Datei "Gewalttäter Sport" nach Katar geben darf.

11. Nationale Sportförderung an Menschenrechtsstrategien koppeln

Viele deutsche Spitzensportverbände haben noch keine eigene Menschenrechtsstrategie erarbeitet. Das muss sich dringend ändern. Wir fordern verpflichtende Menschenrechtsstrategien aller Spitzensportverbände und wollen dies auch als Voraussetzung für die nationale Sportförderung über den Haushalt des Bundesministeriums des Innern (BMI) etablieren, was wiederum regelmäßig überprüft werden muss. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind seit über zehn Jahren die Grundlage für die Erarbeitung nationaler Strategien zum Schutz der Menschenrechte im wirtschaftlichen Handeln. Wir Grüne wollen, dass deutsche Unternehmen, Vereine und Verbände an dieser Umsetzung eigenverantwortlich und möglichst transparent mitwirken.